



Belegschaftsinfo

Nr. 149, 29 Oktober 2003

Information der Belegschaftsliste

für die Beschäftigten bei Bayer Wuppertal

Von Kanzlermehrheit und Rasenmäherpolitik

Am 17. Oktober hat der deutsche Bundestag weitere Gesetze zum Umbau unserer Gesellschaft beschlossen. Nur wenige Parlamentarier aus Regierungskoalition und Opposition hatten angekündigt, sich wenigstens gegen die schlimmsten Auswüchse der Entsolidarisierung zu stellen, es brachte wenig Korrekturen.

Doch selbst wenn die als "Abweichler" geschmähten Volksvertreter dem Fraktionszwang getrotzt und ihre Zustimmung verweigert hätten, selbst wenn eine eigene Mehrheit der Regierung nicht zustande gekommen wäre: An den verheerenden Zielsetzungen und den daraus abgeleiteten Maßnahmen kämen wir dadurch nicht vorbei. Die Mehrheit des Parlaments glaubt, zur Lösung unserer Probleme sei Wachstum erforderlich und Wachstum entstände durch sparen bei der arbeitenden/ arbeitslosen Bevölkerung!

Beides ist falsch.

Politiker und Wirtschaftsführer sind zurzeit um nichts anderes bemüht, als die Kosten der Arbeitskraft der Mehrheit der Bevölkerung gering zu halten und, wo es geht, noch zu senken. Dabei versuchen sie einerseits alle staatlichen Leistungen, die dem lästigen Volk direkt zugute kommen zu kürzen und unter dem Vorwand, es sei kein Geld mehr da, auch alle anderen öffentlichen Leistungen, möglichst mit dem Rasenmäher, zurückzufahren oder gleich ganz zu streichen.

Schamlos, wie lange nicht mehr, wird verlangt, die Bevölkerung möge doch bitte in Zukunft in allen sozialen Problemstellungen für sich selbst sorgen und dabei mit dem auskommen, was die Wirtschaft an Löhnen zu zahlen bereit ist. Der Einstieg in die private, kapitalgedeckte Rentenversicherung, die Verpflichtung zu privaten Zusatzversicherungen für Krankheit und Pflege, der radikale Rückbau der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Kürzungen bei der Sozialhilfe haben nur ein Ziel: Die immer weiter fortschreitende Abkoppelung der Wirtschaft von der Finanzierung der Sozialsysteme, die dem bereits weitgehend erfolgreichen

Versuch der vollständigen Abkoppelung der Wirtschaft von der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben auf dem Fuße folgt.

Die Hauptlast der Steuern wird längst von den kleinen Leuten aufgebracht:

als Lohn- und Einkommensteuer, als Mehrwert-, Mineralöl-, Tabak- und Ökosteuer. Auch bei den anderen Steuerarten dürfte - von Gewerbe- und Körperschaftssteuer abgesehen - das Hauptaufkommen aus den Taschen des einfachen Volkes kommen. Jede weitere Sparmaßnahme aus dem Katalog der Agenda 2010, aus Hartz- und Rürup- und Herzog-Vorschlägen wird entgegen allen Behauptungen ihrer Befürworter nur dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu

wo es um die Spitzenreiter der Einkommens- und Vermögenspyramide geht. Da ändern auch die Koch-Clementischen Rasenmäher-Vorschläge nichts.

Die lächerliche Besteuerung von Zinserträgen mit einer Zinsabschlagssteuer von nur 25 Prozent ist noch nie auf den Listen des Subventionsabbaus aufgetaucht, wohl aber die Forderung, die Wegekosten der Arbeitnehmer steuerlich nicht mehr anzuerkennen.

Die Erhebung der Vermögenssteuer ist ausgesetzt, weil sich zu viele Vermögende der Besteuerung entziehen konnten und sie wird nur deshalb nicht wieder eingeführt, weil die Vermögenden selbst erklären, dass das "ein völlig falsches Signal" wäre. Aber ein fünfundfünfzigjähriger Arbeitsloser



erhöhen, die öffentlichen Kassen und das Sozialsystem noch gründlicher zu plündern und die Binnenwirtschaft mit hohem Tempo an die Wand zu fahren.

Nutznieser sind einzig die Global Player, jene „vaterlandslosen Gesellen“, deren Exportchancen durch die fortschreitende Entwicklung Deutschlands zum Niedriglohn- und Niedrigkostenland steigen, weil es ihnen damit möglich wird, nicht nur die laufende Leistung, sondern auch den in der Vergangenheit erworbenen Wohlstand der Bevölkerung, mit hohem Gewinn auf den Weltmärkten zu verramschen.

Dem unnachgiebigen Druck auf die Normalverdiener steht gleichzeitig eine unfassbare Nachgiebigkeit gegenüber,

soll die Zeit bis zur Minirente, die er erst mit siebenundsechzig bekommt, damit überbrücken, dass er seine Lebensversicherungen kündigt!

Roland Koch fordert Sondervergünstigungen bei der Einkommensteuer

für ausländische Spitzenmanager, die in Deutschland arbeiten, aber er vernichtet gleichzeitig Tausende von Arbeitsplätzen im Lande Hessen, weil kein Geld mehr da ist.

Immer noch stehen den Reichen im Lande legale Steuerschlupflöcher gigantischen Ausmaßes offen und der Anteil des gesamten Steueraufkom-

Fortsetzung auf der nächsten Seite ->>

Von Kanzlermehrheit und Rasenmäherpolitik

mens am Bruttosozialprodukt bewegt sich bei gerade noch 20 oder 21 Prozent, weniger, als dem Durchschnittsverdiener prozentual vom Lohn abgezogen wird, doch nach glaubhaften Schätzungen ziehen es inzwischen rund 130.000 Spitzenverdiener vor, ihre Einkünfte im Ausland zu versteuern und niemand unternimmt etwas dagegen.

Aleine die geschätzten 70 Milliarden Steuerhinterziehung, die zu alledem noch hinzukommen, würden lange ausreichen, um den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und - statt sich totzusparen - zusätzliches Geld in die Wirtschaft pumpen zu können, doch für die Finanzbeamten und Steuerprüfer, die man bräuchte, um diese Gelder beizubringen, wohlgemerkt, für Jobs, die dem Staat ein Zigfaches dessen einbringen könnten, was sie kosten, ausgerechnet dafür sind aus Geldmangel keine Planstellen zu bekommen.

Welcher vernunftbegabte Mensch denkt sich das aus, und warum, und was hat er davon?

Angeblich soll die Bundesrepublik zukunftsfit gemacht werden. Tatsächlich werden aber Grossunternehmen und Reiche noch mehr entlastet und die Mehrheit der Bevölkerung geschröpft. (zur Rente siehe Kasten rechts)

Deutschland Weltspitze

Gleichzeitig wird im Oktober 2003 vermeldet:

Deutschland ist nach Informationen der OECD und des Internationalen Währungsfonds IWF erstmals seit elf Jahren wieder weltweit an die Spitze der Exportnationen aufgestiegen.

Im August hätten die Ausfuhren mit umgerechnet 62 Milliarden Dollar um mehr als sieben Prozent über dem Export der Vereinigten Staaten gelegen dem bisherigen globalen Spitzenreiter, trotzdem die USA ca. 2,5 mal so viel Einwohner hat, und die BRD liegt weit vor Japan.

Gleichzeitig ist Deutschland auf dem zweiten Weltmeisterplatz mit seiner Anzahl an Milliardenären!

Diese Daten zeigen: wir arbeiten zu

lang und unglaublich viel, deshalb die hohe Arbeitslosigkeit. Allerdings reisen sich den Reichtum die Reichen unter den Nagel!

Die Entwicklung, die wir mit Entsetzen zu beobachten haben, sieht aus, wie die Rückkehr des Frühkapitalismus. Dass dies ausgerechnet während der Amtszeit und unter der Federführung einer sozialdemokratisch geführten Regierung vollzogen wird, ist eine perfide Laune der Geschichte - oder vielleicht symptomatisch für Propagandierer eines sozialen Kapitalismus.

Was rauskommt wird fürchterlich sein, wenn wir uns nicht wehren!

Deshalb muss der Widerstand auch weiterhin gestützt und gestärkt werden.

Denn nach der Riesterreute wurde behauptet, diese sei sicher bis ins Jahr 2030. Dann kam Hartz, jetzt geht es weiter mit den Kürzungen. Fehlt der Widerstand aus der Bevölkerung gibt es kein Ende der Streichorgie, es sei denn die Renten werden bei Null ankommen. Kontinuierliche Verschlechterungen wird es auch bei Arbeitslöhnen, Arbeitsbedingungen, Krankenversicherung und bei der von der Regierung beabsichtigten Flächentarifvertragsauflösung geben:

nur Widerstand kann dieses verhindern!

(was die Abgeordneten sich an Pensionen genehmigt haben siehe Seite 5)

Zur Rente führte der Rentenexperte und Professor an der Bremer Uni Prof Schmähl folgendes im WDR am 21.10 aus (Auszug):

Schmähl: Und es ist nicht so, wie in Ihrem Beitrag eben dargestellt, dass vor allem es (bei der Rente, die Red.) um die Entlastung der Jüngeren geht. Denn die Jüngeren werden auch von diesen Leistungseinschnitten betroffen. Und sie sollen ja - das ist ja erklärtes Ziel, und dahinter stecken ja auch verschiedene Interessen - privat mehr vorsorgen. Das heißt es gibt gar keine Entlastung für die Jüngeren.

Moderator: Das ist ja das große Ziel, das Rot-Grün sich auf die Fahne geschrieben hat: Rentenversicherungsbeitrag und damit Lohnnebenkosten bleiben stabil. Dieses Ziel hat für Sie nicht oberste Priorität?

Schmähl: Ich habe das Gefühl, dass dieses wirklich fast schon zu einem Fetisch inzwischen aufgebaut wird. Man darf doch nicht verkennen, dass die Beiträge zur Sozialversicherung insgesamt - und auch zur Rentenversicherung - ja nur einen Bruchteil der gesamten Lohnkosten ausmachen. Es geht immer so, als ob eine kleine Erhöhung des Beitragssatzes einen großen Einbruch auf dem Arbeitsmarkt zur Folge hätte. Wenn man dieses Ziel wirklich so wichtig genommen hätte in der Vergangenheit, dann hätte man im Grunde die Sozialversicherungen - auch die Rentenversicherung - von Aufgaben und von Kosten entlasten müssen, die eigentlich durch Steuern hätten finanziert werden müssen und nicht durch Beiträge. Damit hätte man die Lohnnebenkosten senken können.

Moderator: Heißt das auch: Mit immer höheren Beiträgen ist das Rentensystem so, wie wir es kennen, dauerhaft zu stabilisieren?

Schmähl: Also ich glaube schon, dass man ein gewisses Maß an Beitragssatzanstieg durchaus hinnehmen kann, wenn man in der gesetzlichen Rentenversicherung ein vernünftiges Leistungsniveau aufrechterhalten will, wo es sich auch tatsächlich lohnt, in das System einzuzahlen. Was aber jetzt praktisch passiert, ist ja eine gezielte, wenn man so will, Demontage des Rentenversicherungssystems durch eine ständig neue Verunsicherung. Und eine Maßnahme, die so ein bisschen am Rande läuft, deutete auch daraufhin: diese Reduzierung der sogenannten Schwankungsreserve, also des Finanzpolsters der Rentenversicherung. Die entschwindet ja fast völlig, so dass wir davon ausgehen können, dass ab dem nächsten Jahr eigentlich permanent eine Diskussion über ein Loch in der Rentenkasse und ob nun der Bundeszuschuss vorgezogen werden muss oder nicht, stattfindet wird, so dass wir also immer wieder eine neue Diskussion über die Tragfähigkeit der Rentenversicherung haben. Und das wollen natürlich manche. (Ende des Interview-Auszuges).

- ☞ **1. November 03, Grossdemonstration in Berlin gegen den Sozialabbau. Mitfahrgelegenheit bei der Belegschaftsliste anfragen!**
- ☞ **7. November 03, 19 Uhr, Gathe 6, Alte Feuerwache, Wuppertal. Diskussion mit Daniel Kreutz ex. MdL, zum Thema Sozialpolitik**
- ☞ **20.11. Alte Feuerwache, 19 Uhr, Gathe 6, Kolumbien, Laboratorium des Neoliberalismus mit E. Paez**

Was man nicht in der Zeitung liest...

Opfer einer Entführung oder verwickelt in Drogengeschäfte, wie Freunde und Verwandte befürchtet hatten, wurden Daniel Hillenbrand und Beatrix Sassermann Mitglieder der Belegschaftsliste nicht, als sie im September an einem Gewerkschafteraustausch in Kolumbien teilnahmen. Allerdings wurden die Dolmetscher der Delegation vom kolumbianischen Militär fünf Stunden lang über die Gewerkschaftsaktivitäten befragt, bevor sie wieder freigelassen wurden.

Unsere beiden Kollegen bekamen einiges zu sehen, was üblicherweise nicht in die Schlagzeilen deutscher Zeitungen gelangt. "Wir haben mitgekriegt, dass der stellvertretende Vorsitzende der Erdölgewerkschaft USO auf Grund von fabrizierten, wiederlegten "Beweisen" monatelang unter Hausarrest steht, und haben mit vielen anderen



Beatrix Sassermann und Daniel Hillenbrand zu Gast bei der Lebensmittelgewerkschaft Sinaltrainal in Kolumbien im Sep. 03

vor Gericht dagegen protestiert", schildert Daniel Hillenbrand eines der Erlebnisse in Bogotá. Hernando Hernandez ist zu einem Symbol für Kriminalisierung und Verfolgung von Gewerkschaftern geworden. "Ein weiteres Opfer von anti-gewerkschaftlicher Gewalt ist Juan Carlos Galvis, Coca Cola-Arbeiter, den wir trafen, und der vor kurzem auf dem Nachhauseweg beschossen worden war", ergänzt Beatrix Sassermann. "In der Woche, in der wir in Bogotá waren, wurde der 15-jährige Sohn eines anderen Coca Cola -Gewerkschafters entführt und gefoltert. Es

sind bestialische Methoden, mit denen gegen oppositionelle soziale Bewegungen vorgegangen wird." Multinationale Konzerne sind Nutznießer der Einschüchterung durch Militär und rechten Paramilitärs.

Brutale Realität

Immer weniger Menschen trauen sich, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Gewerkschaften sind daher in der privaten Wirtschaft kaum vertreten und/oder sehr klein. So können den Beschäftigten soziale Errungenschaften leichter geraubt werden. Verstöße gegen Tarifverträge und Gesetze sind auch bei europäischen Konzernen beliebtes Mittel, die Arbeitskraft billig und willig zu halten. Streiks werden mit Drohungen und Schließungen beantwortet, die UN-Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten. Die Liste der Grausamkeiten ist lang, besonders auf dem Land.

Auch in Kolumbien sollen die Sozialsysteme demontiert werden. Es ist schon die 2. Welle von "Reformen", die auf eine Bevölkerung zu rollt, von der 67% unterhalb der Armutsgrenze lebt. Das UN-Hochkommissariat hebt die ungerechte Landverteilung – 1 Prozent der Landbesitzer

verfügen über 53 Prozent des Bodens – als eine Hauptursache für Hunger und Armut hervor.

Es wundert nicht, dass die kolumbianische Regierung Milliardenzuwendungen aus den USA erhält. Amerikanische Öl- und Bergbau-, aber auch Blumen- und Bananenkonzerne wollen die Schätze des Landes möglichst billig ausbeuten. Um Proteste und Forderungen der Landbevölkerung und der Indios niederzuschlagen, die sich gegen Vertreibung und Entrechtung wehren, werden u.a. Kampfhub-



schauber benötigt, die aus dem Norden des Kontinentes kommen und angeblich die Drogenmafia bekämpfen. Allein in 2002 wurden über 400.000 Menschen Opfer von Vertreibungen, deren Land sich Großgrundbesitzer oder Konzerne einverleiben.

...und trotzdem geben die Menschen nicht auf!

"Aber wir haben auch Positives erlebt", bemerkt Daniel. "Wir haben Menschen getroffen, die mit ungeheurem Mut beeindruckende Projekte organisieren, in Kooperativen arbeiten und eine andere Form des Wirtschaftens ausprobieren. So etwas ist den Regierenden natürlich ein Dorn im Auge".

Weitere Informationen zu Kolumbien: Am 20.11. 19 Uhr Veranstaltung des Wuppertaler Sozialforums: Kolumbien, Laboratorium des Neoliberalismus

Bilder rechts: Wuppertaler Sozialforumsveranstaltung am 18.10.03. Aktion mit Tafel und Musik gegen die W'taler Strassensatzung, die ein Teil des realen Altages auf der Strasse verbietet.



Betriebsräte der Belegschaftsliste: V.i.S.d.P. Margot Kellermann, Friedrich-Ebert-Straße, Haan

Klaus Annuß, PH-OP ELB WP Ö+S, Geb. 52, Tel. 7307;
Gonda Dörschelln, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2816
Siegbert Hufschmidt, Betriebsrat, Geb.54, Tel. 7543
Björn Reitz, PH-OP ELB QW, Geb.302, Tel. 2765
Beatrix Sassermann, PH-R EU SID, Geb.459, Tel. 4284

Michael Schmidt-Kießling, Betriebsrat, Geb.54, Tel.2546
Gabi Stallony, PH-R EU-CF (CWL), Geb. 460, Tel. 5519
Gerd-Peter Zielezinski, PH-OP-ELB Betr. 2/4, Geb 9, Tel. 2567
Erste Ersatzmitglieder:
Ulrich Franz, PH-R EU CF, Geb. 455, Tel. 4475
Ralf Hochwald, PH-OP ELB WP TR, Geb. 90, Tel. 7345

Die Belegschaftsliste im Internet: www.belegschaftsliste.de

Krisenmanagement in der Penka

„Die Renten sind sicher...“ war der Lieblingsspruch eines ehemaligen Arbeitsministers. Aber gilt dies noch für die Betriebsrenten der Pensionskasse? Am 22. September 2003 wurde der Vertreterversammlung der Bayer-Pensionskasse die kritische Finanzlage geschildert und folgenreiche Veränderungen festgezurrt. Es fehlt jede Menge Geld...

Stresstest nicht bestanden

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) verlangt von privaten Rentenversicherern - also auch von der Penka - jährlich einen Beweis, dass die flüssigen Geldmittel zur Deckung der Rentenverpflichtungen ausreichen. Hierzu wird ein spezielles Berechnungsszenario angelegt, bei dem fiktive Verluste bei Aktien- und anderen Anlagen angenommen werden und dennoch die im Geschäftsjahr angenommenen Ausgaben zu bewältigen sein müssen.

Diesen sogenannten „Stress-Test“ hat die Penka für 2003 nicht bestanden. Auch ein eigens für die Bayer-Penka modifizierter (moderaterer) Stress-Test ging daneben. Der Penka fehlt Geld. Und zwar nicht gerade wenig. Ca. 90 Millionen Euro fehlten

Topökonom Shiller warnt vor neuem Aktiencrash

Der amerikanische Ökonom Robert Shiller hat im Oktober 2003 vor einem Crash am US-Immobilien- und Aktienmarkt gewarnt. „Amerikanische Aktien sind im historischen Vergleich noch immer teuer“, sagte Shiller der FTD. Ähnlich brisant sei die Lage bei den Häusern. „An den Immobilienmärkten deutet viel auf eine Spekulationsblase hin.“ Deutschland spendete er Lob.

Shiller verteidigte das umlagefinanzierte Rentensystem in Deutschland. „Ein solches Verfahren kann Risiken zwischen den Generationen besser ausgleichen als ein kapitalgedecktes System.“

Damit drückt er das grundsätzliche Risiko einer kapitalfinanzierten Rente, wie es auch die Penka ist, aus. Sollten wir uns nicht vehement für die staatliche Rente engagieren, werden wir das von Shiller prognostizierte Risiko noch stärker zu spüren bekommen als es sich bei der Senkung von 44 auf 42 Prozent Auszahlung schon im Kleinen ausdrückt.

zum Bestehen des Testes.

Die Maßnahmen

Bislang zahlen wir 2% unseres Einkommens als Penkabeitrag. Bayer legt 80% dieser Beitragssumme als Firmenbeitrag darauf. Als Sofortmaßnahme hat die Vertreterversammlung beschlossen, diesen Firmenbeitrag von derzeit 80% auf 200% zu erhöhen, rückwirkend ab Januar 2003. Erwartete Mehreinnahmen: 60 Mio. Euro.

Von Bayer beantragt die Pensionskasse einen Kredit in Höhe von 150 Mio. Euro in den nächsten 3 Jahren, zu welchen Zinssatz bleibt aber offen.

Die bislang automatisch übernommenen Rentenanpassungen (zuletzt +3,33% im Januar 2003) wird es ab 2004 nicht mehr geben. Erwartete Einsparung ca. 25 Mio Euro.

Noch im November soll die Vertreterversammlung einer Absenkung des Verrentungssatzes von 44% auf 42% zustimmen (Dies bedeutet, dass von den ab Jan. 2004 eingezahlten Beiträgen 2%

weniger als Rentenleistung zurückfließen. Für die bis dahin geleisteten Beiträge verbleibt die Betriebsrentenberechnung unverändert). Erwartete sukzessive Entlastung: ca. 110 Mio. Euro.

Die Ursachen

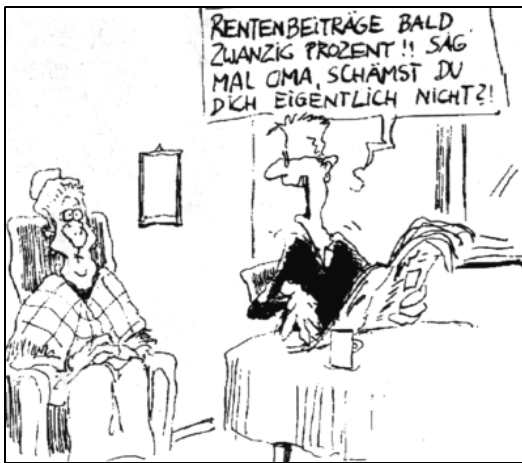
Die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder sinkt zunehmend durch Personalreduzierungen und Ausgliederungen. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Leistungsempfänger. Dies allein wäre kein Problem. Natürlich wäre es einfach, die Schuld den allgemein absinkenden Aktienkursen zu geben. Dieser Anlagezweig macht tatsächlich den größten Anlageverlust aus. In 2002 sank das aus Aktien errechenbare Kapital gegenüber dem Vorjahr um über 600 Mio. Euro! Investitionen in Immobilien brachten nicht mehr die erwarteten Renditen. Mitarbeiter-Baudarlehen als sichere Anlage der Penka gehen ebenfalls stark zurück. Hier wäre ein vergünstigtes Angebot für Bayer-Mitarbeiter eine gute und sichere Anlage gewesen - wird aber leider noch immer nicht ernsthaft erwogen. Mittlerweile hat die Penka einige Sicherheitsreißleinen - insbesondere im Aktiengeschäft - gezogen und spekuliert eher konservativ. Bleibt die Frage, ob

dies nicht eher hätte passieren müssen, denn die Abhängigkeit von Aktien- und Immobilienwerten ist eine bekannte Schwäche der kapitalgedeckten Rentenversicherungen.

Zwischenfazit

Die Versicherten und Rentenempfänger dürfen Einbußen erwarten: Für's gleiche Beitragsgeld gibt's zukünftig weniger Leistung. Dies ist wohl der Standard, an den wir uns überall gewöhnen sollen.

Mit einer frühzeitigeren Anhebung des Firmenbeitrages und einer vorsichtigeren Geldpolitik hätten die Einbußen für uns Versicherte voraussichtlich verhindert werden können. Es bleibt uns zur Kenntnis zu nehmen, dass die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Pensionskasse als „Aufsicht“ wohl versagt haben...



Zugang oder nicht, das ist hier die Frage

Anfang Oktober stellte der Werkschutz, oder auch Corporate Security genannt, dem Betriebsrat einen Plan vor, bei dem verschiedene Gebäude (11, 120, 152a, 204, 205) im Chemiepark an der Wupper mit einer Zugangskontrolle versehen werden sollten. Da dieser Plan, initiiert durch die Produktionsleitung, in sich nicht schlüssig war, und Begründungen für die Auswahl der Gebäude und einzelne Modalitäten nicht gegeben werden konnten, verlangte der Betriebsrat ein Gesamtkonzept, die Auswertung des Probelaufs im Forschungszentrum und eine Aussage über einen möglichen neuen Ausweis für die neue Gesellschaft BHC.

Der Werksleiter, von dem sich der Betriebsrat am 14.10. die Erfüllung dieses Anliegens erhoffte, erklärte kurzerhand, dass die Initiative des Werkschutzes nicht mit ihm abgesprochen sei und auch nicht seine Zustimmung habe. Er schmiss dafür ein paar Folien auf den Overhead, die in Zehntelsekunden einige gesetzliche Grundlagen darlegen sollten, ohne die Relevanz und Verbindlichkeit klar zu stellen.

Es sieht so aus, dass es so schnell wie ursprünglich angenommen, wohl nicht zu einer (zusätzliche) Abschließung durch den Werksausweis der genannten Gebäude kommt. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass es noch eine, auf der Unternehmensebene abgestimmte, seriöse Information gibt, auf Basis derer der Betriebsrat seine Vorstellungen einbringen kann.

Is Big Brother watching us?

Ende September staunten einige Mitarbeiter im Werk nicht schlecht, als sie über ihre Vorgesetzten einen Brief bzw. Hinweis von Herrn Dr. Burkhardt (BHC Operations, Leitung) erhielten, mit der Aufforderung private Dateien zu löschen, die aufgefallen seien. Eine Serverprüfung habe laut Burkhardt ergeben, dass ein Großteil der Speicherkapazitäten mit privaten Da-

Verbot einer Leistungs- oder Verhaltenskontrolle vorstellen.

Klarstellung blieb aus

Fragen an den Betriebsrat wurden so beantwortet, dass es sich nicht um eine Überprüfung der Dateiinhalte gehandelt habe. Mails seien gar nicht betroffen gewesen. Es ginge um einen Server in Leverkusen und der Leverkusener Betriebsrat sei vorab

Verdacht auf Missbrauch ein Dateneinsicht stattfindet oder stattgefunden hat. Herr Burkhardt liegt mit seinen Aussagen über Kommunikationseinrichtungen falsch. So gibt es beim Telefon bekanntermaßen eine Regelung über private Nutzung und Abrechnung. Dass man die Drohungen nicht auf die leichte Schulter nehmen soll, kann man im letzten Betriebsra-



teien und E-Mails belegt sei. In Kürze würden die Speicherinhalte ein weiteres Mal überprüft, und jeder, der Direktionsrundschriften und die Arbeitsordnung, die eine private Nutzung verbieten, nicht einhielte, müsse mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen.

Natürlich fragten sich die Kollegen, wer, wo, wann, in wessen Auftrag und mit wessen Zustimmung ihre Dateien und Mails eingesehen habe, und empfinden die Ankündigung einer weiteren Schnüffelaktion verbunden mit Drohungen nicht gerade das, was sie sich unter Datenschutz und dem

informiert worden. Anhand der Dateiformate sei ersichtlich gewesen, dass es sich eher um private als dienstliche Dateien gehandelt habe. Ein allgemeine Klarstellung den MitarbeiterInnen gegenüber erfolgte bedauerlicherweise nicht.

Rollback

Wie dem auch sei, wir möchten noch einmal klar stellen, dass ohne die Zustimmung des zuständigen Betriebsrates keine Sichtung von Dateien oder Festplatten stattfinden darf, und auch der/die Betroffene informiert werden muss, wenn bei begründetem

tsinfo (BR-Info) nachlesen.

In diesem Zusammenhang ist es mehr als bedauerlich, dass es dem Betriebsrat immer noch nicht gelungen ist, eine gewisse private Nutzung mit dem Arbeitgeber zu vereinbaren. Im Gegenteil, der Internetzugang soll in Zukunft nur noch mit persönlicher Zulassung und Anmeldung erlaubt werden. Insgesamt hat man den Eindruck, dass auch auf diesem Gebiet alles rückwärts geht, was mal als moderne, offene Unternehmenspolitik gepriesen wurde.

Was Abgeordnete und Minister als Rentenbezüge erhalten. Der Selbstbedienungskatalog der Wasserprediger und Weinsäufer

Jedenfalls müssen sich diejenigen Damen und Herren Abgeordneten, die in den kommenden Jahren/vergangen Monaten regelmäßig ihre Stimme für weitere drastische Einschnitte bei der Rente abgeben werden/hatten, keine Sorgen über die eigene materielle Zukunft machen. Das geht aus einer Dokumentation des Bundes der Steuerzahler hervor, die am Dienstag den 21.10. erneut veröffentlicht wurde. Bereits nach acht Jahren Parlamentszugehörigkeit hat ein Bundestagsabgeordneter Rentenansprüche von 1682 Euro pro Monat erworben. Für jedes weitere Jahr erhöht sich der Anspruch um drei Prozent auf maximal 4863 Euro. Eigene Beiträge müssen die Parlamentarier für ihre Alterssicherung nicht bezahlen. Auch die Vorschläge zur Erhöhung des Renteneintrittsalters betreffen die Parlamentarier nicht. Wer 18 Jahre im Parlament saß, darf bereits mit 55 in Pension gehen, natürlich ohne Abschläge. Die Pensionsregelungen für Minister sind noch um einiges üppiger. So reichen bereits zwei Amtsjahre für Altersruhegelder in Höhe von 1966 Euro pro Monat.

Zum Vergleich: Die Höchstrente der gesetzlichen Rentenversicherung, die nach 45 Beitragsjahren im oberen Gehaltssegment erreicht werden kann, liegt bei 1950 Euro. Mehr als die Hälfte aller männlichen Rentner erhält derzeit weniger als 1000 Euro pro Monat.

Altersteilzeit im Werk an der Wupper

MitarbeiterInnen, die im Werk einen Antrag auf Altersteilzeit gestellt haben, bekamen im Regelfall von der Personalabteilung die Auskunft, dass dies zur Zeit nicht möglich sei, da der Prozentsatz des Überforderungsschutzes überschritten sei.

Diese starre Haltung seitens der Personalabteilung gibt es jetzt nicht mehr.

KollegInnen mit Altersteilzeitwunsch Jahrgang '48 und älter können sich nun bei der Personalabteilung melden. Sollte es dennoch Probleme geben, bitte beim Betriebsrat melden.

Werkskläranlage bleibt zunächst

Eigentlich wollte der Werksleiter von der Linden die Kläranlage und einen Teil der Mitarbeiter zum Ende des Jahres los sein. Daraus wird vorerst nichts.

Aufgrund von Auflagen des Ministerium für Umwelt-Natur-Landwirtschaft und Verbraucher wird erst einmal eine Machbarkeitsstudie zu einer neuen Umwelttechnologie erstellt. Diese Membrantechnologie wird zwar vorsichtshalber, wie immer in solchen Momenten und weil sie Geld kostet, von Bayer nicht nur angezweifelt sondern auch boykottiert. Aber verhindern kann der verärgerte Werksleiter trotz Drohungen in Richtung Wupperverband weder die Studie noch die Technologie.

Dies führt dazu, das der Zeitplan durcheinander gerät, die Kollegen, die zum Wupperverband wechseln wollten, erst einmal nicht wechseln und der Verbundbetrieb der Werkskläranlage mit dem Wupperverband fortgesetzt wird.

Neuer Entscheid Anfang 2004

Da mit dem Ergebnis der Studie im

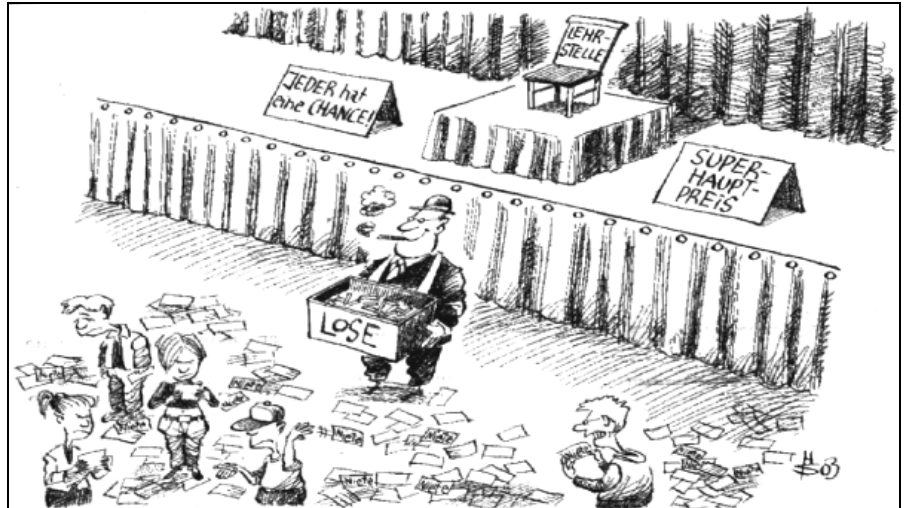
Frühjahr 2004 gerechnet wird ist mit einer Entscheidung zum Übergang der Werkskläranlage zum Wupperverband nicht vor Mitte 2004 zu rechnen.

Ein weiteres Problem scheint die Abrechnung der Bayer – Abwässer zu sein: will doch das Ministerium die Bayerfracht als das behandeln, was sie auch ist: Industrielle Abwässer.

Aber das ist natürlich ebenfalls den Beteiligten zu teuer.

Vielen Dank an alle, die mit Ihrer Spende das Erscheinen dieser Zeitung ermöglichen.

Unsere Konto-Nr.: 4760625, Commerzbank Wpt., BLZ 33040001, Kennwort : Hochwald/Belegschaftsliste



Entscheidung zur Werkfeuerwehr verschoben

Nach Auskunft von Werksleiter von der Linden wird sich die Entscheidung zur Werkfeuerwehr, die für Mitte Oktober angekündigt war, verzögern. Die Einsparpotenziale können noch nicht vorgelegt werden.

Angeblich entsteht eine sogenannte win-win-Situation: überall nur Gewinner. Die Stadt spart einen sechsstelligen Betrag, Bayer auch.

Dies wird von uns angezweifelt, kann jedoch auf Grund fehlender Unterlagen und unzureichender Ant-

worten im Moment nicht belegt werden.

Das eine massive Verschlechterung der Gefahrenabwehr und der Sicherheit von Beschäftigten und Anwohnern bewusst von Bayer in Kauf genommen wird, bestätigte der Werksleiter: "Wenn die dann städtische Feuerwehr zu einem externen Ereignis ausgerückt ist, müssen nach spätestens einer dreiviertel Stunde ohne Rettungskräfte wieder irgendwelche "Nachrücker"

sich Richtung Bayer aufmachen, um die Absicherung zu übernehmen". Das habe ihm der Feuerwehrchef Blättle versprochen.

Auf jeden Fall müssen der Regierungspräsident und der Rat der Stadt Wuppertal über die Übernahme der Bayer-Feuerwehr einen Beschluss fassen.

Die nächste Ratssitzung der Stadt Wuppertal ist im Dezember.

